

LICHTBLICK

MITTEILUNGSBLATT DER DKP LEIPZIG AUSGABE Herbst 2009

Nur 10 Cent



Aus der Erklärung DKP zum Ausgang der Bundestagswahl 2009

Auf Widerstand einstellen

Wir gratulieren der Partei „Die Linke“ zu ihren großartigen Wahlergebnissen. Die Große Koalition wurde abgewählt. Die Koalitionsparteien erzielten – die niedrigere Wahlbeteiligung kaschierte das – teils dramatische Stimmenverluste: Die CSU erreichte in Bayern ein desaströses Wahlergebnis; die CDU erzielte ihr zweitschlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik; die SPD erlebte ein Debakel und fiel noch hinter ihr Ergebnis aus dem Jahre 1953 zurück. Die Wählerinnen und Wähler haben den bisherigen Regierungsparteien die Quittung für ihre unsoziale Politik und die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan gegeben. ... Die CDU-Vorsitzende will „Kanzlerin aller Deutschen sein“. Ihr Engagement für den Afghanistankrieg, für den Einsatz deutscher Soldaten in aller Welt, für den Abbau sozialer und demokratischer Rechte sowie ihr Antikommunismus disqualifiziert ihren Anspruch: Frau Merkel ist Kanzlerin des Bürgertums und des großen Kapitals! Die Unionsparteien können aufgrund der Gewinne der FDP die neue Regierung bilden. Ein Paradox dieser Wahlen ist, dass ausgerechnet inmitten der tiefsten Krise des neoliberalen Kapitalismus und dem globalen Desaster der neoliberalen Ideologie eine offen neoliberale Partei ihr bestes Wahlergebnis erzielen kann. Der Zuwachs für die FDP erwächst jedoch nicht aus einer allgemeinen Wanderung der Wählerinnen und Wähler zu radikaler neoliberaler Politik, sondern basiert im Wesentlichen auf Verschiebungen innerhalb des „bürgerlichen“ Lagers, von CDU/CSU zur FDP, und der Wahlenthaltung ehemaliger SPD-Wähler.

Die SPD fiel am Wahlabend in Schokkstarre. Sie hat ein katastrophales Wahlergebnis erreicht, deprimierend für alle Mitglieder und Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Die großsprecherisch angekündigte Aufholjagd von Steinmeier, dem Erfinder der Agenda 2010, hat zu einer bitteren Niederlage geführt. Zwei Millionen

bisherige Wählerinnen und Wähler der SPD von 2005 sind gar nicht erst zur Wahl gegangen. Seit 1998 hat die SPD damit insgesamt zehn Millionen Wählerinnen und Wähler verloren. Die SPD vertritt keine gesellschaftliche Alternative und ist Trägerin des Neoliberalismus geworden. ...

Die Bündnisgrünen konnten sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein Stimmengewinne erreichen.

Die Partei „Die Linke“ wurde bei der Bundestagswahl zur viertstärksten Kraft, blieb bei der Landtagswahl in Brandenburg nur knapp hinter der SPD zweite Siegerin und kam bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein erstmals in den Landtag. In Ostdeutschland wurde die Partei „Die Linke“ bei der Bundestagswahl mit 27,4 Prozent zweitstärkste Kraft und in Westdeutschland erreichte sie nach ersten Angaben durchschnittlich 8,7 Prozent, im Saarland sogar 21,2 Prozent. Dies

ist das Ergebnis ihrer wahlpolitischen Positionen und des Einsatzes ihrer Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die für viele Bürgerinnen und Bürger vor allem aufgrund der sozialen Forderungen sowie der Antikriegspolitik zu einer politischen Alternative geworden sind.

Die DKP hat, mit Ausnahme in Berlin mit einer Landesliste und zwei Erststimmekandidaten bei den Bundestagswahlen nicht kandidiert ...

Der Wahlausgang signalisiert: Jetzt kommen harte Jahre. Die Zeiten werden rauer. Es wird in Deutschland kontroverser zugehen. Außerparlamentarischer Widerstand der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen wird dringender denn je. Wenn dem zu erwartenden sozialen Kahlschlag und der Abwälzung der Krisenlasten auf die große Mehrheit der Bevölkerung durch die Schwarz-Gelbe Regierung wirksamer Widerstand entgegengesetzt werden soll, dann werden die Gewerkschaften jetzt beginnen müssen, den politischen Streik etappenweise vorzubereiten. Die Kommunistinnen und Kommunisten der DKP werden auch weiterhin alles in ihren Kräften stehende tun, um die Aktivitäten der sozialen Bewegungen zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ und anderen demokratischen und antifaschistischen Kräften zu fördern. Wir danken allen Mitgliedern und Vorständen der DKP für ihr aktives Engagement in den Wahlkämpfen 2009.

Essen, 28. September 2009
Sekretariat des Parteivorstandes derDKP

Und der Zukunft zugewandt

60 Jahre DDR – 60 Jahre BRD

Die DKP

lädt Genossen und Sympathisanten herzlich zur Ihrer Leipziger Tagung am 17. Oktober 2009 ein

11 bis 17.30 Uhr,
Bürgerverein Messemagistrale e. V.,
Straße des 18. Oktober 10a

Referate und Diskussion u. a. zu diesen Themen

- *Warum, durch wen und wie wurde Deutschland gespalten?*
- *Vereinnahmung, Anschluss, Kapitalismus – 20 Jahre nach dem Herbst 1989*
- *60 Jahre BRD – 60 Jahre Kampf um Demokratie und soziale Rechte*

Als Gastredner werden u.a. erwartet:

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP;

Prof. Dr. Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP;

Prof. Dr. Götz Dieckmann, letzter Rektor der Parteihochschule beim Zk der SED

Klaus Eichner, Oberst a.D.

Seit Präsident Richard Nixon im August 1971 den Gold-Austausch-Standard kündigte, schleust das US-amerikanische Zentralbankensystem unbegrenzt Dollarmengen in die Weltwirtschaft. Der Wettbewerb, in dem Zirkulationsprofit die Gewinne aus materieller Produktion verdrängt, ist entschieden. Wachstum auf Pump ist die Devise. Der Kasino-Imperialismus kam zur Blüte – und alle machten mit. Auch deutsche Banken mit dem Segen des Bundestages.

Typisch für diese Entwicklung war, dass die bisher üblichen Gewinnquoten der Konzerne – vier bis sieben Prozent – nicht mehr galten. Vorgabe der Deutschen Bank waren nun 25 Prozent. Redliches Wirtschaften auf der Grundlage der Arbeitsproduktivität – einst ein Schlachtschiff in der Systemauseinandersetzung – war nicht mehr gefragt. Die vorgegebenen Profitmargen beschleunigten die massenhafte Verdrängung der wichtigsten Produktivkraft – des Menschen; der ein Recht auf Arbeit und soziale Mindeststandards haben sollte. Das betrifft nicht nur die sozialen Verhältnisse in den USA oder in Osteuropa, sondern insbesondere auch in der BRD.

Begleitet wird dieser Prozess von aufwändiger Meinungsmanipulation, oder um es deutlicher zu sagen, von Betrug an den Massen. Wachsende Aggressivität nach außen – Auswirkung aller Krisen – ist die Reaktion auf den Verfall im Inneren. Hitler „überwindet die Krise“ mit Hochrüstung, die er mit den erwarteten Beutegeldern „bezahlt“. Schon bedenkenswert, dass der einzige Industriezweig in der BRD, der nichts von der Krise spürt, die Rüstungsindustrie ist.

Die USA verzeichneten 1970 das erste Außenhandelsdefizit. Die soziale Ungleichheit entwickelte sich bis heute dramatisch. Rettungspakete von 750 Milliarden Dollar unter Bush und zusätzliche 789 Mrd. Dollar von Obama stopften die Löcher nicht. Der „Ponzi“ (nach Charles Ponzi, dem größten Schwindler und Betrüger der amerikanischen Geschichte, bis heute eine gebräuchliche Bezeichnung für Schneeballsysteme und Pyramidenspiele) musste wieder zur Ankurbelung der Wirtschaft in Gang gesetzt werden. Forciert wurde dieser Verfall in den USA noch durch die Überdimensionierung des militärindustriellen Komplexes.

Was die Krise alles erhellt:

- Im Hauptland des Imperialismus, den USA, leben 47 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung, das ist rund jeder sechste der insgesamt 296 Millionen Einwohner. Ob Obama das zu ändern in der Lage ist, ist fraglich. Das bedeutet, dass die für medizinische Noteinsätze in Entwicklungsländern gebildete Organisation RAM mit 60 Prozent ihrer Kapazität in den USA selbst tätig ist.

Die Arbeitslosigkeit in den USA ist auf den höchsten Stand seit mehr als 25 Jahren gestiegen. Die Arbeitslosenquote erreichte laut Arbeitsministerium 8,1 Prozent. 32,2 Millionen Menschen erhalten bereits Lebensmittelkarten.

Der sogenannte Konsumboom war primär kein Luxusboom, er diente nur der Aufrechterhaltung des Lebensstandards. Zudem verschuldeten sich US-Bürger, um sich medizinisch betreuen zu lassen.

- Auslöser der Krise war die starke Rezession in den USA. Opel ist nur ein Beispiel. Aus Produktion und Verkauf der Autos ergab sich „nur“ eine vier- bis fünfprozentige Rendite. Siehe oben. An den Geldmärkten ging es um mindestens 15 bis 25 Prozent. Da konnte die Arbeitsproduktivität von General Motors nicht mithalten. Betriebliche Intensi-

geschichte?

Die Dominanz des Westens – der USA und EU-Europas – kann die Geschichte der Welt nicht mehr in eigener Machtvollkommenheit prägen. Es ist zu erwarten, dass die USA und der EU-Raum auch 2010 im Wachstum schrumpfen. Ländern wie China und Indien wird Wachstum bis zu 7,5 Prozent zugetraut. Dabei wird erkannt, dass die chinesische Regierung schnell und zentral geplant innerhalb der Weltwirtschaft reagiert. Experten anerkennen, dass Verstaatlichung eine ökonomisch kluge Maßnahme sein kann; 34 der 35 an der Shanghai Börse gehandelten Aktiengesellschaften sind staatlich. Wenn der Staat nun eine Nachfrageoffensive ankurbelt, bleibt diese nicht in den Profit- und Bilanzfängen hängen, sondern erreicht wirklich im vollen Umfang den Markt. Das Konjunkturpro-

Liberalisierung ließ Systemkrise reifen

vierung, vor allem Entlassungen, Lohnkürzungen und dergleichen reichten jedoch nicht aus, um die neuen Profitforderungen zu erfüllen. GM begann, die eigene Rendite durch Finanztransaktionen künstlich aufzublasen. Der Pensionsfonds – von den GM-Arbeitern als ihre Altersrente erarbeitet – wurde dafür eingesetzt. Anfangs mit Erfolg. Am Ende war alles Geld weg und GM pleite.

- Die Krise ist eine Systemkrise. Sie ist Ergebnis einer jahrelangen Politik der Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, der Lohndrückerei. Das Kapitalismusmodell made in USA bestand darin, Löhne durch Schulden zu ersetzen. Mit rabiatem Lohndumping wurde die Profitrate erhöht. Das ändert nichts an der Tatsache, dass sich die Lenker selbst üppige Dividenden zuteilten.

Der Kapitalismus ist nicht wandelbar. Die eingesetzten Regierungen machen alles, dass alles beim alten bleibt.

In den zurückliegenden zehn Jahren verteilte allein die Bundesregierung eine Billion Euro Steuergeschenke an die Bezieher von Kapital bzw. von Vermögenseinkommen.

Wir werden erleben, dass jetzt nach der Bundestagswahl das Kasino seine Tore besonders weit öffnet. Die Mega-Banken – im Bewusstsein, dass der Staat sie nicht fallen lassen will – zocken schon wieder wie eh und je. „Sie sind zu groß für eine Pleite“. Auch General Motors fühlt sich wieder wohl.

Naht ein historischer Umbruch der Welt-

gramm Chinas ist mit 14 Prozent des Brutto-Inlandprodukts tatsächlich eines. Zum Vergleich: In der BRD werden nur zwei Prozent ausgereicht. Kasino ist in China verboten. Das Streben nach einer anderen Weltwährung ist deutlich. Es ist an die enge Kooperation China-Russland und andere Staaten in der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ zu erinnern, die ihre Bewährungsphase durchläuft.

Chinas Dollarreserven belaufen sich derzeit auf 1,2 Billionen. Neuerdings fließt der Mehrwert der USA in die Volksrepublik. Wenn wir in Rechnung stellen, dass die Zusammenarbeit China-Russland insbesondere auf wissenschaftlichem Gebiet „brüderlich“ verläuft, können wir allmählich wirklich an eine andere Weltwährung denken.

Noch ein letztes Wort zur BRD. Hier wird die derzeit – nicht zuletzt aus wahlstrategischen Erwägungen – geförderte Kurzarbeit schon sehr bald in Arbeitslosigkeit übergehen. Ob das angekündigte Ausmaß der Krise angestrichelt werden kann, ist fraglich. Die kriminelle Energie der Herrschenden allerdings ist noch schier unbegrenzt. Mit Wahlen ist da nichts zu ändern. Es geht um die Eigentums- und Machtverhältnisse und um das Erwachen derer, die allein das Ende der bourgeois Gesellschaft herbeiführen können. Aller Anfang ist schwer. Aber viele kleine Proteste, Bündnisse, Aktionen können zu einem kraftvollen Sturm heranwachsen.

• H. Sp.

Am Morgen des 29. August schlugen etwa 15 Neonazis aus der Region Döbeln und Rosswein zwei Jugendliche in DÖBELN brutal zusammen, nachdem sie sie mit „Scheiß Zecken“ beschimpft hatten. Von ihrem Döbelner Szenegrundstück aus warfen sie mit Steinen und Flaschen und griffen die beiden Jugendlichen mit Pfefferspray und Teleskopschlagstöcken an. Sie traten und schlugen auch dann weiter, als die Opfer bereits am Boden lagen. Erst, als Anwohner aufmerksam wurden, ließen die Angreifer von den Jugendlichen ab.

Die Opfer werfen der Polizei vor, sie hätte, statt die Angreifer namentlich festzustellen, die Betroffenen auch noch beschimpft und beleidigt. Die Täter sollen ortsbekannte Mitglieder und Sympathisanten der neonazistischen Kameradschaft „Division Döbeln“ und der „Kameradschaft Striegis“ sein. Erstere ist eine der aktivsten Nazikameradschaften im ehemaligen Landkreis Döbeln. Neben militanten Angriffen auf Personen, Autos und Häuser fallen die Neonazis vor allem durch Propagandadelikte und Sachbeschädigungen auf. Seit Anfang August tritt eine Naziband aus Mitgliedern der „Division Döbeln“ unter dem Namen „Inkubation“ bei Rechtsrockkonzerten in Sachsen auf.

*

Einen Abend vorher, am 28. August, versammelten sich in MÜGELN etwa 50 Neonazis vor dem Vereinsgebäude des soziokulturellen Vereins „Vive le Courage“. Die ortsbekanntesten Rechten griffen zuerst das Haus mit Flaschen und später die eintreffende Polizei mit Bierflaschen, Pyrotechnik und Leuchtschurmunition an. Die Polizei konnte einen direkten Angriff auf das Gebäude vorerst verhindern. Die Neonazis führten u. a. Elektroschocker, Schreckschusspistolen, Schlagringe, Teleskopschlagstöcke mit sich und zeigten vor den Augen der Polizei den Hitler-Gruß. Außerdem waren rechte Parolen wie „Sieg Heil“ oder „Heil Hitler“ zu hören. Der Einsatzleiter der Polizei äußerte sich wie folgt zur Situation in Mügeln: „Ich bin zum ersten Mal in der Kleinstadt, hier herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände“.

*

Am 23. August wurden in DELITZSCH drei „deutsch/türkische Personen“ – so die Polizei – von einer Gruppe „offensichtlicher Fußballfans“ rassistisch beleidigt. Als ein 17-Jähriger schlichten wollte, wurde er von einem der Täter so ins Gesicht geschlagen, dass er eine Nasenbeinfraktur erlitt. Die Ermittlungen zum Hintergrund der Tat dauern nach Polizeiangaben an.

*

In TAUCHA haben am 22. August 15 Männer gegen Mitternacht drei Ausländer angegriffen und rassistisch beleidigt. Als Polizisten zur Hilfe kamen, wurden auch sie attackiert.

Eine Woche im August

**Welche bürgerliche Zeitung druckt dieses – ohnehin nur lückenhafte – Protokoll von Nazi- Aktivitäten rings um Leipzig?
Es gibt nur eins:
Die braune Brut verbieten!**

Die Schläger, der Leipziger Hooliganszene zugerechnet, sollen zuvor das Tauchaer Stadtfest besucht haben. Nach Polizeianfragen seien sie dann „aus bisher unbekanntem Grund“ geschlossen auf die drei Ausländer zugerannt und hätten sie mit „ausländerfeindlichen Parolen“ beschimpft. Während zwei der Bedrohten fliehen konnten, wurde ein 23-jähriger Libanese von den Angreifern zu Fall gebracht, getreten und mit einer Bierflasche traktiert.

Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln wegen schwerem Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft stammen die

Wurzener und Machern:
NPD mit Hilfe demokratischer Parteien in Ausschüsse gewählt
Trotz vorheriger Absprachen der vier im Wurzener Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien (CDU, SPD, DIE LINKE und Bürger für Wurzener) wurde am 12. August bei der konstituierenden Sitzung ein Mitglied der NPD in den Verwaltungsausschuss gewählt. Da die zwei Stimmen der NPD bei der Besetzung nicht für einen Ausschusssitz gereicht hätten, war sie auf mindestens eine zusätzliche Stimme angewiesen, die sie von einem Mitglied einer der demokratischen Parteien auch erhalten hat!
In Machern hingegen wurde die NPD von vornherein als normale Partei behandelt. Offenbar wurde bereits im Vorfeld der Ausschussbesetzungen Einvernehmen hergestellt. Anders ist nicht zu erklären, dass die Wahl des technischen Ausschusses am 10. August mit nur einer Gegenstimme erfolgte, obwohl sich unter den Ausschuss-Anwärtern auch NPD-Gemeinderat Heiko Forweg befand.

„polizeibekanntem Schläger“ bis auf einen alle aus Leipzig. Die rund 15 Männer im Alter von 18 bis 22 Jahren würden die Tat im Wesentlichen bestreiten. Wegen fehlender Haftgründe seien sie mittlerweile wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

*

Eine Kundgebung der Initiative „Meine Stimme gegen Nazis“ am 22. August in COLDITZ wurde durch die massive Präsenz gewaltbereiter Neonazis gestört. Die am Veranstaltungsort, dem Colditzter Markt, anwesenden und patrouillierenden Neonazis erzeugten einen permanenten Angsttraum, berichteten auch die Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz und die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar.

Bereits beim Aufbau von Infoständen und der Musikanlage fuhren mit Nazis besetzte Autos auf und ab. Etliche Nazis trugen Sticker wie „Good night left side“. Als die Veranstaltung begann, hielten sich ca. 20 Neonazis permanent in der Nähe der Bühne auf. Um Hilfe gebetene Polizeikräfte reagierten „Solange nischt bassiert ist, gibts keen Grund, einzuschreidn“, wie Kerstin Köditz auf ihrer Homepage berichtet.

„Colditz war krass“, schätzt die Initiative „Meine Stimme gegen Nazis“ ein. „Was viele als ‚Angstzone‘ aus Erzählungen und Texten kennen, ist hier Realität“. Seit Jahren schaffen es Neonazis, das Stadtklima in Colditz maßgeblich zu beeinflussen. Die außerordentliche Situation zeigen einige massive Gewalttaten seit dem vergangenen Jahr.

*

Über mehrere Wochen hinweg hat eine Gruppe jugendlicher Neonazis in WURZEN eine linksorientierte Schülerin in ihrer Wohnung terrorisiert. Sie ist jetzt fluchtartig umgezogen. Die Nazis treffen sich nach Angaben des Netzwerks für Demokratische Kultur e.V. (NDK) oft zum Feiern in dem Haus in der Schillerstraße, in dem auch der mutmaßliche Kopf der Gruppe zusammen mit seiner Mutter wohnt.

Der Psychoterror begann im Juli mit Nazi-Aufklebern auf dem Briefkasten und mit Paintballgeschossen auf ihr Fenster. Es gab auch zwei versuchte Einbrüche: Am 15. August wurde die junge Frau durch Geräusche im Treppenhaus geweckt – mindestens drei junge Männer machten sich an ihrem Türschloss zu schaffen. Als sich die Nazis am 21. August wieder zum Feiern im Haus einfanden, verließ sie vorsichtshalber die Wohnung. Bei ihrer Rückkehr war das Türschloss mit Gewalt geöffnet. Der Hund schreckte die Täter wohl ab, die Wohnung zu betreten.

Das Projekt chronik.LE erarbeitete im Mai eine Broschüre zu Diskriminierung und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, großen Raum nehmen Neonazi-Strukturen in und um Leipzig ein..

Die Publikation gibt es unter anderem beim Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in der Paul-Gruener-Straße 63 und im LinXXnet in der Bornaischen Straße 3d.

Wir können davon ausgehen, dass die Zerstörung der Thälmann-Gedenkstätte politisch gewollt ist, und wir müssen einen zu schwachen politischen Widerstand, der das hätte verhindern können, zur Kenntnis nehmen.

Wir protestieren gegen den kulturell zerstörerischen Umgang mit der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals, deren Abriss allem Anschein nach unmittelbar bevorsteht. Was sich in Ziegenhals mit der Gedenkstätte gerade abspielt, halten auch wir Leipziger Kommunisten für einen Skandal, der Unterschlagung fremden Eigentums für eine handfeste Denkmalschändung.

Eine antifaschistische Gedenkstätte, die über den frühesten Widerstand gegen den deutschen Faschismus aufklärt, soll zu einer Zeit geschleift werden, da rechtsextre-

Leipziger Protest zur Zerstörung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals

me, neofaschistische Kräfte sich erneut anschicken, in die Parlamente einzuziehen und ihren Einfluss zu erweitern. Nicht nur in Deutschland, sondern auch international muss das als Alarmzeichen wirken.

Der Kampf für die Erhaltung dieser Gedenkstätte in Ziegenhals und ein ehrendes Andenken an Ernst Thälmann ist keine parteipolitische Frage. Es geht um die Verteidigung des Antifaschismus als Ganzes.

Wir fordern, dass dem Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e. V. Ziegenhals

die Möglichkeit und Unterstützung gewährt werden, damit er federführend die Ausstellung wieder der Öffentlichkeit zugänglich machen kann. Dazu ist es notwendig, das Gedenkstätten-Eigentum seinem rechtmäßigen Besitzer wieder zurück zu geben!

Wir rufen alle antifaschistischen Kräfte auf, sich zusammenzufinden und gemeinsam gegen diese reaktionäre Maßnahme zu kämpfen sowie weitere Erscheinungen der rechtsextremen und neofaschistischen Entwicklung zu vereiteln!

Die Mitglieder des Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e. V. Ziegenhals
Karl-Heinz Reinhardt
Kurt Walther
Bernd Neudeck

Am 23. August 2009 protestierten in Ziegenhals erneut Hunderte von Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland und anderen Ländern gegen den Abriss der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals und damit gegen die Entsorgung der kommunistischen Widerstandsgeschichte gegen das Nazi-Regime. Zu der Protestkundgebung hatte der Freundeskreis Ernst Thälmann-Gedenkstätte e.V. Ziegenhals anlässlich des 65. Jahrestags der Ermordung von Ernst Thälmann gerufen. Hier, an diesem authentischen Ort, sprach am 7. Februar 1933 Ernst Thälmann im Beisein auch 29 ehemaliger Reichstagsabgeordneter das letzte Mal vor seiner Verhaftung durch die Gestapo auf einer Versammlung vor KPD-Funktionären. Unmittelbar nach der Machtergreifung des Faschismus appellierte er hier in dieser bereits streng illegalen Beratung in Anerkennung eigener Mängel, eine antifa-

Antifaschismus – heute erst recht



schistischen Einheitsfront zu gründen, alle Formen des Massenwiderstandes und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur, zum Kampf gegen den wüsten faschistischen Terror und zum Sturz der Hitlerregierung zu entfalten. Er hat sich gegen die Militarisierung des Landes und der Jugend gewendet,

um einen neuen imperialistischen Weltkrieg zu verhindern.

In einer Erklärung von Menschenrechts- und Friedenspreisträgern der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM und des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. heißt es: „Den Erhalt der Gedenkstätte zu sichern ist die Bundesrepublik Deutschland, ist die deutsche Regierung der internationalen Öffentlichkeit schul-

dig, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit Recht erwarten durfte, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Das Wort ist gebrochen worden. Siehe Jugoslawien oder Afghanistan.“

Das 4650 Quadratmeter-Grundstück der Gedenkstätte – die seit 1953 unter strengem Denk-

malsschutz steht – wurde von der Treuhand und ihrer Nachfolgeorganisation zum Verkauf feilgeboten. 2002 wurde sie trotz der Topp-Lage in der näheren Umgebung der Hauptstadt Berlin für einen Schleuderpreis von nur 86 000 Euro an den aus Bayern gekommenen Referatsleiter des Brandenburger Bauministeriums, Ministerialrat Gerd Gröger, verkauft. Er ist zufälligerweise zugleich Chef der obersten Bauaufsichtsbehörde des Landes Brandenburg. Den Zuschlag erhielt der Spitzenbeamte zwar erst, als er hoch und heilig versichert hatte, dass die Thälmann-Gedenkstätte als Teil des Grundstücks weiter unter strengen Denkmalschutz stehen soll. Doch Kraft seines Amtes schaffte es Gröger, dass ein novelliertes Brandenburger Denkmalschutzgesetz es nun er-

Profitgier siegt über Gedenkstätte, die gegen Krieg mahnt

möglich, dass Denkmäler vom Eigentümer abgerissen werden können, wenn deren Unterhalt ihnen wirtschaftlich nicht zuzumuten ist. Nunmehr war es für Gröger lediglich eine Ermessensfrage, die Thälmann-Gedenkstätte zu erhalten oder zu liquidieren. Keine Frage, der Antikommunist mit SPD-Parteibuch will am Krössin-See profitable Eigenheime bauen, statt Antifaschisten zu ehren wie es die Moral gebietet.

Sozialdemokrat Platzek als Brandenburger Ministerpräsident wäre besonders verpflichtet gewesen, sich für dieses Denkmal einzusetzen. SDP-Funktionäre wie Rudolf Breitscheid und Otto Wels, die wie Thälmann aufrecht für die Ideale der Freiheit und Menschenwürde standen und sich lieber ermorden oder ins Exil vertreiben, als sich ihre Ehre nehmen zu lassen, haben keine Partei mehr.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei, DKP-Gruppe Leipzig, PF 301 274, 04252 Leipzig

Homepage: <http://www.die-dkp-leipzig.de>

e-mail-Adresse: dkp-leipzig@gmx.de

V.i.S.P.: Klaus Hesse

Druck: Osiris-Druck Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint viermal jährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.